

«Früher reichte Elsässisch aus»

Grenzgängerpräsident Jean-Luc Johaneck über Dialekt und Hochdeutsch

INTERVIEW: PETER SCHENK

Jean-Luc Johaneck, Präsident der Grenzgängervereinigung CDTF, sieht Grenzgänger aus dem Elsass im Nachteil, wenn sie die deutsche Sprache nicht beherrschen: Ihnen könnten im Raum Basel deutsche Arbeitnehmer vorgezogen werden.

Die elsässische Grenzgängervereinigung «Comité de Défense des Tra-

vailleurs Frontaliers du Haut-Rhin» (CDTF) lädt am 23. November zur Generalversammlung nach Mulhouse ein. Auf der letzten Versammlung waren um die 4000 Grenzgänger anwesend. So viele sollten es auch diesmal werden, wünscht sich der langjährige Präsident Jean-Luc Johaneck, der auch viele Jahre bei der Schweizer Gewerkschaft SMUV für Grenzgängerfragen zuständig war. Wie viele Elsässer Grenzgänger derzeit in der Nordwestschweiz arbeiten, ist nicht zu sagen, da die offiziellen Zahlen mit Vorsicht zu geniessen sind. Mit der Verlängerung der Arbeitserlaubnis auf fünf Jahre fehlt eine genaue Kontrolle. Es dürften aber um die 30 000 sein.

Wie viele Elsässer Grenzgänger derzeit in der Nordwestschweiz arbeiten, ist nicht zu sagen, da die offiziellen Zahlen mit Vorsicht zu geniessen sind. Mit der Verlängerung der Arbeitserlaubnis auf fünf Jahre fehlt eine genaue Kontrolle. Es dürften aber um die 30 000 sein.

baz: Herr Johaneck, Wie ist derzeit die Stimmung bei den elsässischen Grenzgängern?

JEAN-LUC JOHANECK: Ich möchte nicht verallgemeinern, aber 80 Prozent der Grenzgänger empfinden ihre Situation derzeit als relativ stabil. Das heisst aber nicht, dass sie sich gar keine Sorgen machen. Viele Grenzgänger haben sich verschuldet. Ihre Kaufkraft ist wegen des Euro, des Wechselkurses und der gestiegenen Preise gesunken. Grenzgänger, die ein Haus oder eine Wohnung gekauft haben, haben Verträge über 15 oder 20 Jahre unterschrieben. Die meisten haben ihre Kredite noch nicht abbezahlt.

Also empfinden sie ihre Lage doch nicht als so stabil?

Ja. Wir stellen das selbst in grossen Unternehmen fest. Die Grenzgänger dachten früher, in den pharmazeutischen Fabriken seien sie geschützt, aber jetzt sind sie selbst dort besorgt.

Heute werden kranke Arbeitnehmer sehr schnell entlassen – das gilt für alle Branchen. Ich möchte aber nicht

«Vielleicht müssen Basler in Zukunft in Frankreich arbeiten. Aber wenige sprechen Französisch.»

verallgemeinern, es kommt auf den Betrieb an. Wir stellen aber fest, dass zunehmend ältere Arbeitnehmer schon wegen kleinerer gesundheitlicher Schwierigkeiten entlassen werden. Das kann sehr schnell gehen. Die Chancen, eine neue Stelle zu finden, sind gleich null. Diese Entwicklung betrifft keineswegs nur Grenzgänger, sondern auch Berufstätige, die in der Schweiz wohnen.

Wie entwickelt sich Ihr Grenzgängerverband?

Unsere Mitgliederzahlen sind letztes Jahr um 400 bis 500 zurückgegangen. Wir spüren, dass in der Schweiz weniger Grenzgänger eingestellt werden. Wir haben derzeit 18 500 Mitglieder – von insgesamt schätzungsweise 30 000 Grenzgängern.

Mittel- und langfristig dürfte sich bemerkbar machen, dass immer weniger Elsässer Elsässisch sprechen. Macht Ihnen das Sorgen?

Das macht mir schon Angst, sogar für die Schweiz. Mittelfristig wird es ein demografisches Problem geben. Immer, wenn es wirtschaftlich besser geht, benötigt man in der Schweiz sehr schnell Arbeitskräfte, oft Grenzgänger. Wenn die Elsässer in einigen Jahren kein Deutsch mehr sprechen, kann das ein Problem werden. Vielleicht sagt man sich dann, wir holen die Grenzgänger aus Deutschland. Aber wenn es dort wirtschaftlich einen Aufschwung gibt, könnte es weniger Interessierte geben – der schlechte Frankenkurs, die längere Arbeitszeit in der Schweiz und Vorteile wie bei der Krankenkasse, bei der die Firma in

Deutschland die Hälfte der Beiträge übernimmt, könnten dazu führen, dass es weniger deutsche Kandidaten gibt. Vielleicht wird man dann in der Schweiz begreifen, dass man die Elsässer beschäftigen kann, auch wenn sie nicht perfekt Deutsch sprechen.

Zumindest ein wenig Deutsch aber müssen sie doch können – an der Kasse im Supermarkt, als Elektriker mit Kundenkontakt...

Es genügt nicht zu sagen, die Kinder werden in den Schulen Elsässisch lernen. Früher hat es gereicht, elsässisch zu sprechen, ohne perfekt Hochdeutsch zu können, um in der Schweiz zu arbeiten. Tatsächlich geht der elsässische Dialekt bei den Jungen verloren. Das ist eine Generationenfrage. Die Generation, die in den 50er-Jahren geboren ist, spricht viel Elsässisch. Bei derjenigen aus den 70er-Jahren ist das schon viel weniger so. Früher kümmerten sich die Grosseltern um die Kinder, dann aber gab es den Kinderhort und dort wurde nur Französisch gesprochen. Heute sprechen selbst die Grosseltern mit den Enkeln Französisch – viele Kinder verstehen gar kein Elsässisch mehr.

Ist es nicht sehr optimistisch zu glauben, die Basler werden die Elsässer auch ohne Sprachkenntnisse anstellen?

Jahrelang sind viele Schweizer Betriebe nicht so anspruchsvoll gewesen, da sie dringend Arbeitskräfte brauchten. Vor allem in den manuellen Branchen gab es wegen der Sprachkenntnisse keine Probleme. Heute aber heisst es öfter: Verstehen Sie, wir stellen lieber Deutsche ein, denn die sprechen Deutsch. In Ordnung. Aber man kann die Frage auch anders stellen. Wie viele Basler sprechen französisch? Man geht immer davon aus, dass Basel die nächsten 50 Jahre wirtschaftlich weiter expandieren wird. Vielleicht müssen in Zukunft Basler in Frankreich arbeiten? Aber nur wenige sprechen Französisch.

«Nicolas Sarkozy soll sein Versprechen einhalten»

Der Lohn von Überstunden ist in Frankreich steuerfrei – für Grenzgänger aber gilt das nicht



Durchsetzungsfähig. Grenzgängerpräsident Jean-Luc Johaneck. Foto Mischa Christen

INTERVIEW: PETER SCHENK

Eine 42-Stundenwoche in der Schweiz bedeutet für Grenzgänger automatisch: Überstunden in Frankreich.

baz: Worum geht es an Ihrer Mitgliederversammlung?

JEAN-LUC JOHANECK: Ein neues Gesetz sieht vor, dass die französischen Arbeitnehmer den Lohn für die Stunden nicht versteuern müssen, die sie mehr als die in Frankreich übliche 35-Stunden-Woche arbeiten. Das war ein Wahlversprechen von Nicolas Sarkozy, mit dem er Mehrarbeit belohnen wollte. Für die Grenzgänger soll die Regelung aber nicht gelten. Dagegen wehren wir uns, zumal der heutige Präsident Sarkozy uns in einem Brief kurz vor der Wahl zu-

gesichert hatte, dass er die Interessen der Grenzgänger berücksichtigen werde.

Warum soll das Gesetz auch für die Grenzgänger gelten?

Immer wenn in Frankreich über ein Gesetz abgestimmt wird, das für Arbeitnehmer positiv ist, gelten Grenzgänger als ausländische Arbeiter, obwohl sie ihre Steuern in Frankreich zahlen. In anderen Fällen, zum Beispiel beim Arbeitslosengeld, wurden jahrzehntelang die in Frankreich üblichen Löhne als Referenz genommen und nicht die Schweizer Löhne. Dadurch wurde das Arbeitslosengeld stark reduziert. Auch hat man beschlossen, dass die Grenzgänger für das Defizit der französischen Sozialkassen mitzahlen müssen.

Was bedeutet das?

Wir möchten, dass der Staat den Grenzgängern entgegenkommt. Arbeiten sie in der Schweiz 42 Stunden statt 35 Stunden, dann arbeiten sie mehr als in Frankreich. Wir verlangen nicht einmal, dass diese Stunden über 35 Stun-

den steuerfrei sind, aber der Staat könnte zum Beispiel einen Steuerabschlag von fünf Prozent anbieten, damit eine gewisse Gleichberechtigung zwischen Grenzgängern und den anderen französischen Steuerzahlern entsteht.

Es gibt auch Probleme mit der Pensionskasse? Worum geht es?

Bisher wurden die zehn Prozent Steuer auf die Schweizer Pensionskasse den Grenzgängern zurückerstattet, wenn sie sich die Pensionskasse auszahlen liessen. Nach der französischen Gesetzgebung wird Pensionskassengeld nicht versteuert.

Jetzt ist ein Abkommen zwischen der Schweiz und Frankreich vorgesehen, nach dem die Steuer nicht mehr zurückgezahlt werden sollte.

Aber die Schweizer müssen das Geld doch auch versteuern?

Ja, aber in Frankreich zahlen wir wesentlich mehr indirekte Steuern als in der Schweiz. Wenn wir das Geld anlegen, zahlen wir elf Prozent Sozialabgaben auf den Kapitalertrag.

Wo drückt der Schuh sonst noch?

Die Grenzgänger wissen erst seit Anfang November, dass sie bis zum 1. Januar 2008 eine Steuerbescheinigung der französischen Steuerbehörde ausfüllen und beim Arbeitge-

ber abgeben müssen, ansonsten werden sie in der Schweiz an der Quelle besteuert. Wir haben nichts dagegen, aber ich verstehe nicht, weshalb das so schnell vor Ende Jahr noch über die Bühne gehen muss. Das betreffende Gesetz ist schon von 1983, es ist also 24 Jahre alt, und wird jetzt ohne Konzertation und Information auf einmal umgesetzt. Wer erst seit 2007 in der Schweiz arbeitet, ist eventuell nicht darüber informiert und könnte doppelt besteuert werden.

Assemblée Générale CDTF, Parc des Expositions, Mulhouse, Fr, 23. 11., 20 Uhr.

> www.cdtf.org